

Annekatri Schaller

»Farbe wollen wir bekennen!«

Die Neusser Stadtverordnetenversammlung
und ihre weiblichen Mitglieder in der Weimarer Republik¹

Die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie

Der Erste Weltkrieg hatte seit 1914 Millionen Opfer an der Front und großes Leid in der Heimat gebracht. Im November 1918 endete er für das Deutsche Kaiserreich in der militärischen Bankrotterklärung und in einer Revolution, die die politischen Verhältnisse umwälzte: Kaiser Wilhelm II. dankte ab und auch in allen deutschen Einzelstaaten verschwand das monarchische System. Am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die demokratische Republik aus, wenige Stunden nach ihm der Spartakist Karl Liebknecht die freie sozialistische Republik. Am 12. November bahnte der Rat der Volksbeauftragten, die unter Führung des neuen Reichskanzlers Friedrich Ebert von SPD und USPD gebildete Revolutionsregierung, mit seinem Aufruf »An das deutsche Volk!« und der Verkündung des gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts den Weg zur ersten deutschen parlamentarischen Demokratie. Damit erfüllte sich nicht nur die jahrzehntealte Forderung der Arbeiterbewegung nach der Abschaffung des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts, sondern auch diejenige der Frauenbewegung nach dem Frauenstimm-



9. November 1918:
Revolutionäre Soldaten
am Brandenburger Tor. Die
Novemberrevolution stürzte
die Monarchie und führte
zur parlamentarischen
Demokratie in Deutschland.
(Bundesarchiv,
Bild 183-19000-0624)

recht: Erstmals konnten nun Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht ausüben. Zugleich war dieses Wahlrecht eine grundsätzliche Richtungsentscheidung gegen das von Spartakusbund und Teilen der USPD angestrebte Rätssystem.

Die Stadt Neuss hatte seit 1914 große Anstrengungen unternehmen müssen, um den vielfältigen Auswirkungen des Krieges, wie der zunehmenden Lebensmittelknappheit oder dem Arbeitskräftemangel, zu begegnen. In den zahlreichen Lazaretten der Stadt hatten zeitweise bis zu 1.000 Verwundete gleichzeitig versorgt werden müssen; insgesamt über 1.000 Neusser Männer waren gefallen. Angesichts des Ausbruchs der Revolution und des nahenden Kriegsendes beschlossen die Neusser Stadtverordneten am 8. November 1918 die Bildung eines »Bürgerausschusses«, in dem alle Schichten der Bevölkerung vertreten waren. Am selben Tag wie der Bürgerausschuss bildete sich auch ein Arbeiter- und Soldatenrat. Einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse bedeutete dies für die Stadt jedoch nicht. Der Oberbürgermeister blieb im Amt, Polizei und Behörden setzten ihre Tätigkeit unverändert fort. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich und Großbritannien am 11. November 1918 hatte Neuss den massenhaften Durchmarsch von der Front zurückkehrender deutscher Soldaten zu verkraften, die versorgt und untergebracht werden mussten. Doch Neuss, wie alle linksrheinischen deutschen Gebiete, wurde von einer Vereinbarung des Waffenstillstands noch viel mehr und langanhaltender betroffen: der Besetzung durch alliierte Truppen. Am 4. Dezember 1918 besetzten belgische Truppen die Stadt, die sie erst am 31. Januar 1926 wieder verließen. Insofern stand das gesamte städtische Leben in Neuss während der ersten Jahre der Weimarer Republik unter dem Zeichen dieser Besatzung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und wenige Tage später, am 26. Januar, zur verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung konnten auch in den besetzten Gebieten stattfinden. Reichsweit ging die SPD als stärkste Kraft, die Zentrumsparterie als zweitstärkste aus ihnen hervor. In Neuss war das Verhältnis umgekehrt: In der alten Zentrumshochburg hatte eine große Mehrheit Zentrum gewählt (61,3 Prozent/Reich bzw. 64 Prozent/Preußen), die SPD belegte den zweiten Platz (28,6 Prozent/Reich bzw. 26 Prozent/Preußen).²



Plakat des Arbeiter- und Soldatenrates in Neuss, November 1918 (Stadtarchiv Neuss)

Die drei Parteien der »Weimarer Koalition« – SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (DDP) – bildeten seit dem 13. Februar 1919 die erste demokratisch gewählte Reichsregierung.

Am 24. Januar 1919 bereits hatte die sozialistische Übergangsregierung in Preußen die bestehenden Gemeindevertretungen für aufgelöst erklärt und Neuwahlen für alle preußischen Kommunalvertretungen bis spätestens 2. März des Jahres angeordnet.³ Auch auf kommunaler Ebene sollte demnach fortan das allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gelten. Hatten Männer ab 25 Jahren bereits seit 1871 den Deutschen Reichstag in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen bestimmen dürfen, so hatte in Preußen das 1849 eingeführte Dreiklassen-Wahlrecht⁴ sowohl im Preußischen Abgeordnetenhaus als auch in den Gemeinden für die Bevorzugung der reichen und die starke Benachteiligung der ärmeren Bevölkerungsschichten in den parlamentarischen Repräsentationen

gesorgt und dem Machterhalt der alten konservativen Eliten im Land gedient. Es teilte die Wahlberechtigten entsprechend ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen (Klassen) ein, die jeweils ein Drittel der gesamten Steuerleistung in der Gemeinde repräsentierten, wobei die wenigen zur ersten Klasse zählenden Männer mit dem höchsten Steueraufkommen ebenso viele Wahlmänner bestimmen durften, wie sie jeweils den Wählern in der viel größeren zweiten und dritten Klasse zustanden. Dieses Wahlsystem hatte bis 1918 die SPD und damit die Vertretung der Arbeiterschaft, aber auch viele kleine Handwerker und Angestellte, aus den Gemeindevertretungen weitestgehend ausgeschlossen.⁵ Während die Sozialdemokraten nach den Reichstagswahlen 1912 als stärkste Fraktion in den Reichstag einzogen, waren sie in der Neusser Stadtverordnetenversammlung bis 1919 noch mit keinem einzigen Mitglied vertreten. Und dies, obwohl Neuss spätestens seit der Ansiedlung großer metallverarbeitender Betriebe im 1908 fertig ausgebauten Hafen eine Arbeiterstadt war.⁶ Die besitzenden Schichten waren bis zum Ende des Kaiserreichs in der Neusser Kommunalvertretung unter sich geblieben – Folge des Dreiklassen-Wahlrechts, aber auch der Dominanz der Zentrumsparterie in der Stadt seit der Kulturkampfzeit der 1870er und 1880er Jahre.



Das Neusser Rathaus mit
belgischem Wachposten,
ca. 1919
(Stadtarchiv Neuss)

Dieser erheblichen sozialen Verwerfung in den Bürgervertretungen der Städte und Gemeinden machte das neue Wahlrecht nunmehr ein Ende. Die bürgerlichen Vertreter in der Neusser Stadtverordnetenversammlung nahmen es dementsprechend nicht ohne Sorge zur Kenntnis. In ihrer Sitzung vom 13. Februar 1919 beschlossen sie, beim preußischen Innenministerium telegrafisch Einspruch gegen die in ihren Augen »willkürliche und jeder rechtlichen Grundlage entbehrende Verordnung« einzulegen.⁷ Sie begründeten dies damit, dass »eine ordnungsmäßige Durchführung [...] unter den gegebenen Verhältnissen in Neuss kaum möglich sei«. Damit waren die Verhältnisse unter der belgischen Besatzung gemeint. Ein Wahlvorstand wurde vorerst nicht gebildet. Tatsächlich und unabhängig vom Neusser Protest, dem auch noch eine Eingabe an die preußische Landesversammlung folgte⁸, verschob die belgische Besatzungsbehörde die Wahlen in den linksrheinischen Kommunen. Erst am 13. Oktober 1919 genehmigte Marschall Ferdinand Foch, Oberkommandierender der Alliierten, ihre Durchführung.⁹ Die Neusser Stadtverordnetenversammlung setzte daraufhin den 30. November als Wahltag fest.¹⁰



Hermann Bühner
(1870–1938)
(Stadtarchiv Neuss)

»Zertrümmert ist die Feste der Dreiklassenherrschaft«¹¹ – Die Kommunalwahlen in Neuss am 30. November 1919

Sechs Listen (»Wahlvorschläge«) mit insgesamt 210 Kandidatinnen und Kandidaten traten im November 1919 im Kampf um die 42 Sitze an – auf 1.000 Einwohner kam je ein Stadtverordneter in der neu zu wählenden Neusser Stadtverordnetenversammlung.¹² Die Liste 1 hatte der Zentralverband der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen aufgestellt, an ihrer Spitze standen der Bauingenieur Heinrich Huppertz, Berufsberater Heinrich Schulenburg sowie der Postschaffner Willi Stieger. Dass die Kriegsbeschädigten mit einer eigenen Liste antraten, verärgerte insbesondere die SPD, die eine weitere Zersplitterung der linken Kräfte befürchtete.¹³ Den »Wahlvorschlag 2« der SPD führte der Transportarbeiter Johann Dicken (1879–1935) an, gefolgt vom Monteur Hermann Bühner (1870–1938) und Max Braun (1891–1945)¹⁴, dem Neusser SPD-Vorsitzenden und Chefredakteur des »Freien Sprecher«. Dicken und Bühner waren Mitglieder des Neusser Arbeiter- und Soldatenrates gewesen.¹⁵ Die USPD, Liste 3, hatte mit Gustav Glätzner (*1861), Hermann Hoopmann und Andreas Brose drei Angestellte auf die ersten Plätze gesetzt. Die DDP, Liste 4, zielte mit der Vergabe ihrer ersten Listenplätze auf eine breite Zielgruppe, der Arzt Dr. Ullrich Ernst, der Schlosser Johann Zimmermann und der



Gustav Glätzner (*1861)
(aus: Peter Diesler, Bis die
letzte Fessel der Arbeit
zerbricht, Neuss 1989)

Landwirt Gottfried Schmitz (1863–1943) repräsentierten drei unterschiedliche soziale bzw. Berufsgruppen. Bei der Zentrumsparlei, Liste 5, standen mit dem Kaufmann Josef Josten (1867–1931), bereits seit 1904 Neusser Stadtverordneter, dem Schlosser und Parteisekretär Franz Andermahr (*1883) sowie dem Neusser Parteivorsitzenden, Oberlehrer Dr. Georg Raederscheidt (1883–1974), drei erfahrene Parteistrategen auf den ersten Listenplätzen. Die Deutsche Volkspartei (DVP) schließlich hatte den Fabrikbesitzer Josef Linden (*1878), den Kaufmann Matthias Derstappen (1892–1966) sowie den Leiter des städtischen Wohlfahrtsamtes, den Beamten Jakob Meese (*1884), auf die aussichtsreichsten Listenplätze gesetzt.

Hauptakteure im Kampf um das erste, nach freien und gleichen Prinzipien gewählte Neusser Stadtparlament waren Zentrumsparlei und SPD, die sich einen erbitterten rhetorischen Kampf in der Presse und bei den verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen lieferten. Die gemeinsame Regierungskoalition auf Reichsebene hatte auf diese Frontstellung keinen Einfluss. Sprachrohr des Zentrums war die »Neuß-Grevenbroicher Zeitung«, 1874 von katholischen Bürgern der

Wahlaufufe der DDP und des Zentrums zur Wahl der Neusser Stadtverordnetenversammlung 1919 (Stadtarchiv Neuss)



Stadt während des Kulturkampfes ins Leben gerufen und meistverbreitete Neusser Tageszeitung. Erstmals und rechtzeitig zum Kampf um die Mandate in der Stadtverordnetenversammlung gründete die SPD 1919 eine eigene kommunale Tageszeitung: »Der Freie Sprecher« trat unter Chefredakteur Max Braun seit dem 10. Oktober 1919 in einen offensiven Schlagabtausch mit der »Neuß-Grevenbroicher Zeitung« ein. DDP und DVP inserierten vorzugsweise in der bürgerlichen, politisch wenig exponierten »Neuß Zeitung«.



Max Braun (1891–1945)
(aus: Diesler, Bis die letzte
Fessel der Arbeit zerbricht)

Im Wahlkampf polarisierten die Parteien mit einigen grundsätzlichen weltanschaulichen Themen. Schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung hatte in Neuss die Frage der konfessionellen Schule die Wogen hoch schlagen lassen. Adolph Hoffmann (1858–1939, USPD), seit der Novemberrevolution preußischer Kultusminister, war entschieden für die weltliche Schule eingetreten. Es gelang ihm, im Rat der Volksbeauftragten die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht sowie des Religionsunterrichts an den Volksschulen durchzusetzen. Die Erinnerung an die Auseinandersetzungen des Kulturkampfes gegen den preußischen Staat war in weiten Teilen der katholischen Bevölkerung noch sehr präsent und erbitterter Widerstand war die Folge. Das Neusser Zentrum setzte sich vehement für die konfessionelle Schule ein und mobilisierte damit seine Anhänger. Obwohl der »Weimarer Schulkompromiss« den Fortbestand konfessioneller Schulen in der am 14. August 1919 verkündeten Weimarer Reichsverfassung garantiert hatte, stand dieses Thema auch im Neusser Kommunalwahlkampf im Mittelpunkt und das Zentrum wandte sich damit insbesondere an die weiblichen Wähler. Die Tatsache, dass man auf Reichsebene mit der SPD, »seinem größten Gegner«¹⁶ im Kommunalwahlkampf, eine gemeinsame Regierung bildete, forderte das Neusser Zentrum zu einer Klarstellung heraus. Es stellte die rhetorische Frage, ob man die Sozialdemokraten »vielleicht allein wirtschaften lassen« sollte und rechtfertigte sich mit der Feststellung, dass man »vieles im christlichen Geiste durchgesetzt« habe.¹⁷ Den seit Ende 1918 aufgenommenen Bestrebungen, einen von Preußen unabhängigen Rheinstaat zu gründen, denen das Zentrum ursprünglich nicht ganz abgeneigt gegenübergestanden hatte, erteilte es nun im Neusser Wahlkampf eine Absage.¹⁸

Ziel der SPD im Wahlkampf war nichts weniger als der Umsturz der bisherigen Neusser Verhältnisse. »Zertrümmert ist die Feste der Dreiklassenherrschaft«, schrieb »Der Freie Sprecher«, und »Nieder mit der

Der Freie Sprecher
(DFS), Titelseite vom
29. November 1919
(Stadtarchiv Neuss)



Zentrumsherrschaft!«, rief die Partei den Wählern zu.¹⁹ Ihr Großan-griff galt der Zentrumsparlei, die seit Jahrzehnten als beherrschende Mehrheit nicht nur die Stadtverordnetenversammlung, sondern das gesamte städtische Leben dominiert hatte. Dafür griff »Der Freie Sprecher« sogar auf die Rhetorik der Bismarck-Zeit zurück und holte den Begriff des »Ultramontanismus« aus der Versenkung.²⁰ Substanzieller als dieser alte Kampfbegriff war die soziale Argumentation der SPD. Sie brandmarkte mit der Vorherrschaft des Zentrums und seines »Rat-hausklüngels«²¹ zugleich die der besitzenden Klasse: »Arbeiter! Wer hat dir jahrzehntelang deinen wohlverdienten Lohn gekürzt [...]? Die Zentrumsclique!« und forderte die Wähler auf: »Zahlt es ihnen am Sonntag heim, laßt diese oberen Zweitausend unter sich.«²² Auch in der Schulfrage gab sich die Neusser SPD kämpferisch, forderte die Wahlfreiheit für alle Eltern und wollte für »geistige Freiheit« und gegen »die geistige Knechtschaft, die das Zentrum an den Kindern aus-üben will«, kämpfen.²³

Inwieweit die SPD mit ihrer, wenn auch zurückhaltend formulierten, Forderung nach der Sozialisierung von Betrieben²⁴, wenn dies der Wohlfahrt von Stadt und Bürgern dienlich sei, Neusser Firmeninhaber schrecken konnte, muss dahin gestellt bleiben. Sie baute damit jedoch sicherlich selbst mit am bürgerlichen Feindbild SPD. Hauptsächlich befeuerte das Zentrum dieses Feindbild in Neuss jedoch weniger mit der sozialen Frage als mit dem behaupteten antichristlichen Charakter der SPD: die Sozialdemokratie sei »die geborene Feindin des Christentums«.²⁵ Ein Versuch der Neusser Zentrumsparlei, mit DDP und DVP eine gemeinsame Wahlliste aufzustellen, »um eine einheitliche Front gegenüber der Sozialdemokratie herzustellen«, scheiterte.²⁶ Die Wahlprogramme der beiden bürgerlichen Parteien unterschieden sich bei

vielen ihrer kommunalpolitischen Forderungen nur wenig vom Zentrum. In der heiklen Schulfrage waren DDP und DVP für die »Einheitschule« und räumten der Wahlfreiheit der Eltern einen übergeordneten Rang ein – hierin zeigte sich wohl ihre größte Differenz zum Zentrum.²⁷

Weitere, aktuell drängende Fragen, zu denen die Parteien ihr Programm vorstellten, waren unter anderem die Versorgungs- und Finanzlage der Stadt, Kriegsopferversorge und sonstige Wohlfahrtspflege, Bekämpfung der Wohnungsnot, Verbesserung in der Gesundheitspflege und im Verkehrswesen, auch die Kulturpolitik.

Nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch in Hinblick auf die Gleichstellung der Frau stellte die Wahl 1919 eine Zäsur bei den Kommunalwahlen dar. Erstmals waren Frauen Wählerinnen und Kandidatinnen. Insbesondere die SPD hatte seit langem für das Frauenwahlrecht gekämpft, aber auch im bürgerlichen Lager gab es eine Frauenstimmrechtsbewegung. In Neuss hatten seit den 1890er Jahren Vertreterinnen der Sozialdemokratie ihre Stimme gegen die politische Rechtlosigkeit der Frauen erhoben.²⁸ Seit 1908 waren Frauen in die SPD-Wahlkreisorganisation eingebunden und veranstalteten jährlich Frauenversammlungen und Frauenkonferenzen; 1914 gehörten 156 Frauen dem Ortsverein Neuss der SPD an. In der bürgerlichen Frauenbewegung engagierte sich u. a. die in Düsseldorf lebende gebürtige Neusserin, die Schriftstellerin und Journalistin Magda Menn de La Saulx (1856–1944). Sie war 1909 Gründungsmitglied und erste Vorsitzende der Düsseldorfer Frauenstimmrechtsgruppe.

Die erste Frau, die in Neuss nach Einführung des Frauenwahlrechts als aktive Politikerin in Erscheinung trat, war Elise Stoffels (1872–1943), wie Magda Menn im Lehrerinnenberuf tätig. Stoffels, 1917 als Rektorin der Mädchenschule am Rheintor nach Neuss gekommen, gehörte seit 1900 dem Vorstand des »Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen« an und war Mitglied der Zentrumspartei.²⁹ Nachdem die Rheinische Zentrumspartei, nicht zuletzt auf Druck des Katholischen Frauenbundes und aus Angst vor dessen politisch-organisatorischer Verselbständigung, seit Oktober 1918 intensiv um weibliche Kandidatinnen warb³⁰, trat Stoffels im Januar 1919 bei der Wahl zur verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung an und erhielt den sicheren Listenplatz 3. Sie zog als Abgeordnete in die Landesversammlung ein und gehörte von 1921 bis 1933 dem Preußischen Landtag an.



Elise Stoffels (1872–1943)
(Verein katholischer
Lehrerinnen e. V.)

Für die Wahlen zur Neusser Stadtverordnetenversammlung erhielt nur *eine* Frau einen wirklich sicheren Listenplatz, und dies ebenfalls bei der Zentrumspartei. Stefanie Thywissen-Dorsewagen (1884-1970), seit 1914 Witwe des Neusser Kaufmanns Heinrich Thywissen und Mutter dreier Kinder, war unmittelbar hinter den drei Spitzenkandidaten auf Listenplatz 4 gesetzt. Eine zweite Zentrumskandidatin, die städtische Beamtin Hedwig Klutz³¹, hatte dagegen mit Platz 27 kaum Aussichten auf einen Sitz im Neusser Rathaus. Ebenfalls auf Platz vier ihrer Wahlliste setzte die DVP eine Frau, Maria Helmich³², für die kein Beruf angegeben wurde, ebenso wenig wie für das bei der DVP auf Platz 14 stehende »Fräulein« Maria Zirkel³³. Bei der DDP traten drei Hausfrauen als Kandidatinnen an, Emilie Heidemann (Listenplatz 7)³⁴, Luise Hall (18)³⁵ und Henriette Nehr (19)³⁶. Ausgerechnet die Sozialdemokraten, die seit Jahren am aktivsten für das Frauenwahlrecht eingetreten waren, stellten ihre beiden weiblichen Kandidaten nur auf hinteren Plätzen auf: Margarethe Schmidt, Hausfrau³⁷, auf Platz 18 sowie Anna Spill, ebenfalls Hausfrau³⁸, auf 21. Die meisten Frauen, nämlich sechs, erschienen in der Wahlliste der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Alle waren sie Kriegerwitwen, den aussichtsreichsten siebten Platz hatte Hilda Pfalzgraf, Witwe von Carl Pfalzgraf, inne.³⁹

Wie schon bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung im Januar 1919 spielte auch im Kommunalwahlkampf das Werben um die weiblichen Stimmen eine auffällige Rolle. Mit eigenen Wahlaufrufen und Frauenversammlungen versuchten die Parteien, die Wählerinnen zu gewinnen. Der Ansprache der Parteien, insbesondere der bürgerlichen, allen

Aufruf der Zentrumspartei zur Frauen-Wahlversammlung in der Neuß-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) vom 17. November 1919. Die Zentrumskandidatin Stefanie Thywissen-Dorsewagen, die auch auf der Versammlung sprach, wurde hier nicht angekündigt. (Stadtarchiv Neuss)

The image shows a newspaper advertisement from the 'Neuß-Grevenbroicher Zeitung'. The masthead at the top reads 'Neuß-Grevenbroicher Zeitung' in a large, stylized font. Below it, smaller text indicates 'Erhalte und weiterverbreite Zeitung' and 'der Kreise Neuß und Grevenbroich'. The date is 'Montag, 17. November 1919'. The main headline of the advertisement is 'Zentrumspartei der Stadt Neuß. Große Frauen-Versammlung'. Below this, it lists the speakers: 'Stadt, Geseft. J. V. Grunau: „Die deutsche Frau und die neue Zeit.“', 'Religionslehrer u. Studienrat Hecker: „Die konfessionelle Schule.“', and 'Die verehrten Damen haben mit der Hilfe von gef. zahlreichem und pünktlichem Erscheinen ein'. The advertisement is signed 'Der Vorstand.' at the bottom right.

voran des Zentrums, lag dabei die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter zugrunde. Stefanie Thywissen-Dorsewagen nannte den Kampf um den Erhalt der christlichen Schule als ihren hauptsächlichen Beweggrund dafür, den »schweren Posten«⁴⁰ in der Stadtverordnetenversammlung anzutreten. In ihrer Rede auf der Frauenversammlung des Zentrums im Neusser Gesellenhaus am 19. November 1919 warnte sie davor, die Sozialdemokratie werde »kein Mittel unversucht lassen, dem Heiland seine kleinen Lieblinge zu entreißen«, dagegen wolle sie »wie eine Löwin« kämpfen. Unter dem Vorzeichen der christlichen Nächstenliebe wolle sie sich außerdem für Arbeiterinnen und kleine Beamtinnen einsetzen, die sich »sauer um ihr tägliches Brot plagen müssen«, sowie, um dem »Grundübel unserer Zeit, der Unsittlichkeit« gegenzusteuern, menschenwürdige Wohnungen für Arbeiterfamilien schaffen. Damit knüpfte sie an das soziale Engagement der Neusser bürgerlichen Frauenvereine an, die sich seit dem 19. Jahrhundert im katholischen Sinn um ärmere Bevölkerungsschichten bemüht hatten. Der Zentrumsstadtverordnete und NGZ-Chefredakteur Josef Vincenz Grunau betonte in seiner Ansprache die ausgleichende Funktion der Frauen in den sozialen und politischen Konflikten der Zeit.⁴¹ Die SPD rief zwar mit eigenen Anzeigen die Frauen zur Wahl ihrer Liste 2 auf, frauenspezifische Themen standen jedoch kaum im Fokus ihres Wahlkampfes, über einen öffentlichen Auftritt einer sozialdemokratischen Kandidatin ist in den Zeitungsberichten nichts überliefert.



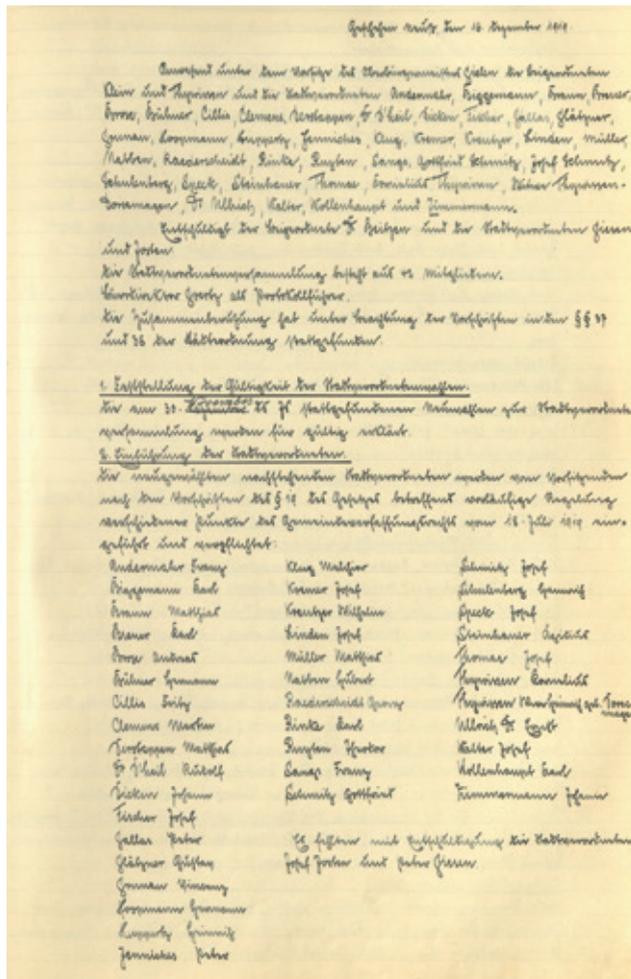
Wahlauf Ruf in der NGZ vom 29. November 1919 (Stadtarchiv Neuss)

Die Wahl in den 16 Neusser Wahlbezirken fand am 30. November 1919 zwischen 9 Uhr morgens und 8 Uhr abends statt. Das Wahlverfahren unterschied sich stark von dem heutigen: Die Stimmzettel erhielten die Wählerinnen und Wähler nicht im Wahllokal, sondern sie wurden schon vor der Wahl durch die Parteien verteilt. Jede Partei stellte ihre eigenen Wahlzettel her, die nur die ersten Namen der jeweiligen Parteiliste enthielten. Im Wahllokal erhielten die Wählerinnen und Wähler einen Umschlag, in den sie in der Wahlkabine den Zettel der Liste ihrer Wahl, der unverändert bleiben musste, steckten. Danach wiesen sie sich beim Wahlvorsteher aus und gaben den Umschlag ab.⁴²

Die Wahlbeteiligung in Neuss lag mit 73 Prozent hoch und das Wahlergebnis bewies hier wie andernorts eindrucksvoll die Wirkung des neuen, demokratischen Wahlrechts: Es veränderte das Gesicht der Kommunalparlamente komplett. Die Mitglieder der alten Neusser Stadtverordnetenversammlung hatten bis auf eine Ausnahme⁴³ dem Bürgertum angehört, allein 22 von ihnen dem Zentrum, die Mehrzahl

Unternehmer, Kaufleute und Fabrikbesitzer. Erstmals nahmen nun Vertreter der Arbeiterschaft im Ratssaal Platz. Zwar ging das Zentrum mit 46,5 Prozent der Stimmen als Sieger aus der Wahl hervor, hatte aber keine absolute Mehrheit mehr und erhielt 20 der 42 Sitze. Die beiden Arbeiterparteien kamen zusammen auf über 30 Prozent der Stimmen und 12 Sitze (SPD: 18,4 Prozent/8 Sitze, USPD: 14,6 Prozent/6 Sitze). Die anderen bürgerlichen Parteien waren abgeschlagen (DDP: 9,5 Prozent/4 Sitze, DVP: 5,4 Prozent/2 Sitze), die Kriegsbeschädigten erreichten 5,1 Prozent/2 Sitze. Allerdings schaffte es nur eine einzige Frau, in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen, die Zentrumskandidatin Stefanie Thywissen-Dorsemagen.

Einführung der neuen Stadtverordneten am 16. Dezember 1919. Auszug aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung (Stadtarchiv Neuss)





v. li. n. re.:

Franz Gielen (1867–1947),
(Ober)Bürgermeister der
Stadt Neuss 1902 bis 1921
(Stadtarchiv Neuss)

Heinrich Hüpper (1886–
1965), Oberbürgermeister
der Stadt Neuss
1921 bis 1930
(Stadtarchiv Neuss)

Karl Thielemann (1878–
1951), SPD, Beigeordneter
der Stadt Neuss
1921 bis 1933

(aus: Diesler, Bis die letzte
Fessel der Arbeit zerbricht)

Die erste Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung fand am 16. Dezember 1919 statt. Für die durch die Erhöhung der Mitglieder von bisher 30 auf nunmehr 42 erforderlich gewordenen zusätzlichen Sitzplätze fand man eine einfache Lösung, indem man an die Innenseite der Tafel im Ratssaal weitere zwölf Sessel stellte.⁴⁴ Oberbürgermeister Franz Gielen vereidigte die neugewählten Stadtverordneten und brachte in seiner Ansprache die Hoffnung auf ein gemeinsames Zusammenarbeiten zum »Wohle und Gedeihen der Bürger, der ganzen Stadt, der Provinz und des deutschen Vaterlandes«⁴⁵ zum Ausdruck. Die erste demokratisch gewählte Stadtverordnetenversammlung nahm daraufhin in Neuss ihre Arbeit auf. In ihrer ersten Sitzung bestimmte sie auch die Mitglieder der Kommissionen und Deputationen (der heutigen Ausschüsse); Stefanie Thywissen-Dorsewagen wurde Mitglied in der Armen-, Krankenhausverwaltungs- und Wohlfahrtsdeputation sowie in der Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.⁴⁶ Im Februar 1920 wurden erstmals zwei Vertreter der Arbeiterparteien zu ehrenamtlichen städtischen Beigeordneten gewählt, Max Braun (SPD) und Josef Schmitz (USPD, 1888–1965). 1921 dann konnte die SPD mit dem Düsseldorfer Parteisekretär Karl Thielemann (1878–1951) erstmals einen hauptamtlichen Beigeordneten stellen. Thielemann übernahm bis 1933 die Verantwortung über den Sozialbereich und somit eines der einflussreichsten Felder der Kommunalpolitik.⁴⁷

Kommunalpolitische Themen in Neuss bis 1933

Die Stadtverwaltung sowie die neu gewählten Stadtverordneten standen vor gewaltigen Aufgaben. Waren es 1919 die weitere Bewältigung der Folgen von Krieg und Besetzung, so kamen in der Zeit der Weimarer Republik weitere politisch und wirtschaftlich unruhige Jah-

Blick über den Neusser Markt zum Quirinus-Münster, 1920er Jahre (Stadtarchiv Neuss)



re auf die Stadt zu. Die Wachstumsphase, in der sich Neuss in den Vorkriegsjahren befunden hatte, war durch den Krieg jäh unterbrochen worden, es galt, wieder an sie anzuknüpfen. Leider ist die Geschichte von Neuss während der Weimarer Jahre noch weitgehend ein Desiderat der historischen Forschung. An dieser Stelle kann daher nur ein cursorischer Überblick über einige kommunalpolitische Themen der Jahre 1919 bis 1933 gegeben werden, ein Zeitraum, der allein schon wegen der weiterhin rasant steigenden Einwohnerzahl große Herausforderungen mit sich brachte: Die Stadt wuchs von knapp 41.000 (1919) auf fast 56.000 (1933), mithin um mehr als ein Drittel innerhalb dieser 14 Jahre.⁴⁸



Barackenlager für belgische Besatzungssoldaten an der Kölner Landstraße, Anfang 1920er Jahre (Stadtarchiv Neuss)

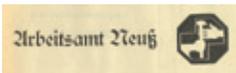
Aus der Besetzung der Stadt durch belgische Truppen ergaben sich bis zu deren Abzug 1926 für Neuss zahlreiche Schwierigkeiten. Abgesehen von den Einschränkungen, mit denen die Anordnungen der Besatzungsbehörde vor allem zu Beginn in das städtische Leben, Kommunikation, Verkehr, Wirtschaft eingriffen, stellte die Beschaffung von Wohnraum für die rund 3.000 Besatzungssoldaten – Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere – eine gewaltige Aufgabe dar. Die Errichtung eines Barackenlagers für Soldaten am Berghäuschensweg, einer Holzhaussiedlung in der Nordstadt und seit 1922 von Offiziershäusern an der Schorlemer-, Thywissen- und Deutsche Straße, seit 1923 auch an der Kölner Straße, band beträchtliche städtische Ressourcen, und das angesichts der damals herrschenden Wohnungsnot in Neuss.

Neben den besonderen Lasten der Besetzung hatte die Stadtverwaltung auch die Bewältigung der sozialen Kriegsfolgen zu leisten. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen war eine große Aufgabe für alle Kommunen – die Aufstellung einer eigenen Wahlliste in Neuss hatte dies unterstrichen. Das Reichsverordnungsgesetz vom 8. Februar 1919 machte aus dieser Aufgabe eine Dauereinrichtung unter Mitwirkung der Kommunen.⁴⁹ Allein in Neuss waren 2.000 Kriegsbeschädigte sowie die Kriegshinterbliebenen zu versorgen.⁵⁰ Im November 1918 hatte die Stadt ein von der Armenverwaltung getrenntes Wohlfahrtsamt eingerichtet, dem die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eingegliedert worden war. 1919 erhielten 220 Familien von gefallenen Soldaten eine finanzielle Unterstützung, 1921 gab es 1.250 Kriegshinterbliebene in der Stadt.⁵¹ Die staatliche Rentenversorgung reichte nicht zum Lebensunterhalt aus, so dass eine zusätzliche kommunale Unterstützung nötig war. Die Zahl der Versorgungsempfänger verringerte sich zwar im Laufe der Jahre, 1928 waren es in Neuss zusammen aber noch immer 1.100 Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene. Das Reich hatte sich inzwischen aus der finanziellen Beteiligung an den Kosten des Fürsorgewesens zurückgezogen, eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Kommunen war die Folge. Denn zu den Ausgaben für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen kamen die Ausgaben der allgemeinen Fürsorge für Bedürftige, außerdem Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge, z. B. für Mütter und Säuglinge. »Die für die Wohlfahrtspflege aufzuwendende Gesamtsumme«, wurde, so konstatierte der städtische Verwaltungsbericht 1928, »zum wichtigsten Faktor in der Finanzpolitik der Verwaltung«.⁵² – Die Sozialausgaben sind bis heute ein Dauerthema in der Kommunalpolitik geblieben.



Kinderspeisung in der
Hospitalkirche, Anfang
der 1920er Jahre
(Stadtarchiv Neuss)

In den Nachkriegsjahren forderte der starke Anstieg der Säuglingssterblichkeit in der Stadt die besondere Aufmerksamkeit der Neusser Politik und Verwaltung. Die Einrichtung einer eigenen Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Stefanie Thywissen-Dorsen angehörte, weist darauf hin. Die Säuglingssterblichkeit in Neuss stieg von 7,2 Prozent im Jahr 1918 über 9,9 Prozent im Jahr 1919 bis zum Jahr 1921 auf 16,2 Prozent, bevor sie danach allmählich wieder zu sinken begann.⁵³ Vor allem unehelich geborene Kinder waren davon betroffen. Man versuchte, mit der Ausgabe von Milch, Wäsche und Seife, dem Preisnachlass bei Lebensmitteln, mit intensiver Mütterberatung und einem System von Fürsorgerinnen, gegenzusteuern.⁵⁴ 1923 richtete die Stadt auch eine Kleinkinderberatungsstelle ein, um Krankheiten rechtzeitig erkennen und behandeln zu können. Immerhin wurde im ersten Jahr dieser Einrichtung bei 19 Prozent der vorgestellten Kinder Rachitis und bei 15 Prozent Tuberkulose festgestellt.⁵⁵



Briefkopf des Neusser
Arbeitsamtes, 1929
(Stadtarchiv Neuss)

Ein Dauerthema in Neuss und in ganz Deutschland wurde die Arbeitslosigkeit. Sie hatte die Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung bereits unmittelbar nach Kriegsende zum Eingreifen gezwungen. Die Demobilisierung der deutschen Armee im November 1918 hatte einen plötzlichen starken Anstieg der Zahl der Arbeitssuchenden bewirkt und die Stadt darauf mit der Einrichtung einer eigenen Arbeitsnachweisstelle reagiert, um die heimkehrenden Soldaten in Arbeit zu vermitteln. Das geschah nicht ohne Erfolg: Im Dezember 1918 waren 2.330 Arbeitssuchende registriert, ein Jahr später nur noch 473.⁵⁶ Für viele Frauen bedeutete dies, dass sie ihren während des Krieges übernommenen Arbeitsplatz nun wieder verlassen mussten. Auch städtische Notstandsarbeiten trugen ihren Teil zur Minderung der Arbeitslosigkeit bei. Die Vollbeschäftigung der Vorkriegsära kehrte jedoch nicht zurück, Arbeitslosigkeit wurde zur »chronischen Krankheit«⁵⁷ der Weimarer Jahre und zu einem dauerhaften politischen Thema auf allen politischen Ebenen, vor allem vor Ort in den Kommunen. War die Arbeitslosigkeit in Neuss zunächst gesunken, wuchs sie in der Krisenphase 1923/24 mit Ruhrbesetzung und Inflation wieder und betraf auf dem Höhepunkt am 1. April 1924 3.000 Personen.⁵⁸ Für die Stadtkasse ergaben sich daraus insbesondere in der Zeit der Hochinflation im Spätsommer/Herbst 1923 exorbitante Ausgaben in der Erwerbslosenfürsorge mit in der Spitze bis zu rund 950.000 Goldmark monatlich.⁵⁹ Auch die folgenden Jahre der Hochkonjunktur brachten keine Vollbeschäftigung. Eine schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt gab es bereits 1925 bis 1927 wieder, mit einem

Höchststand von 1.650 Arbeitssuchenden im April 1926 und Januar 1927.⁶⁰ Neuss war bei der Erwerbslosenfürsorge seit 1925 auf Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln angewiesen. Während der Weltwirtschaftskrise seit Ende 1929 stiegen die Arbeitslosenzahlen ins Katastrophale: Reichsweit waren auf dem Höhepunkt 1932 rund 5,6 Millionen Menschen betroffen, in Neuss mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 55.500 waren es Ende des Jahres 5.200.⁶¹ Im Juni 1933 dann war in der Stadt über ein Viertel aller Erwerbstätigen (6.335 Personen) arbeitslos und damit auf Unterstützung angewiesen.⁶² Die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung zum 1. Oktober 1927 schuf einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Sie befreite die Gemeinden zwar ganz von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge, für Arbeitslose ohne weiteren Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung mussten sie dennoch weiterhin einspringen.

Ein Instrument, mit dem die Stadt der Arbeitslosigkeit entgegen steuerte, waren sogenannte »Notstandsarbeiten«, mit denen sie zugleich den Infrastrukturausbau aus der Zeit vor dem Krieg weiterführte. Zu diesen städtischen Projekten gehörten in den Jahren bis 1928 der weitere Ausbau des Hafens mit dem dritten Hafenbecken, Straßen- und Kanalbau, der Bau des Sportstadions an der Jahnstraße oder der Bau der neuen Rheinbrücke⁶³ sowie in der Weltwirtschaftskrise seit 1929 der Bau der St. Barbara-Kirche.

Die verbesserte Wirtschaftslage nach der Krise des Jahres 1923 versetzte die Stadt seit 1924 in die Lage, alte Bauprojekte wieder aufzunehmen und neue zu planen. Dazu zählten neben den oben genannten unter anderem der Ausbau der Straßenbahnlinien – 1925 wurden die Strecken Furth–Kaarst und Neuss–Grimlinghausen in Betrieb genommen –, der Bau von dringend benötigten Wohnungen, der Bau



Teilnehmer der
Stadionstaffel zur
Einweihung des
Sportstadions 1924
(Stadtarchiv Neuss)

einer Feuerwache und die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes an der Michaelstraße sowie neue Schulbauten.⁶⁴

Seit 1928 musste sich Neuss im Rahmen der Pläne zur kommunalen Neugliederung im Regierungsbezirk Düsseldorf gegen Begehrlichkeiten der Nachbarstadt Düsseldorf behaupten. Aus den heftigen Auseinandersetzungen ging Neuss schließlich mit einem Gebietsgewinn von 1.800 Hektar mit rund 4.000 Einwohnern gestärkt hervor. Zu Neuss kamen 1929 Grimlinghausen, Weckhoven, Uedesheim und Teile von Düsseldorf-Heerdt.⁶⁵

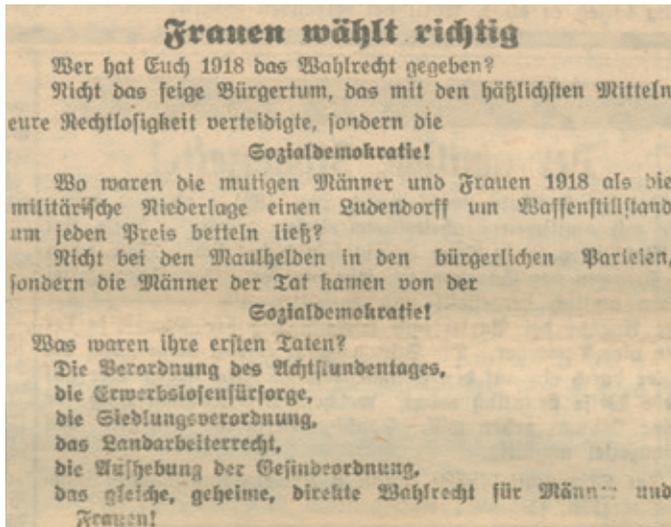
Damit sind nur einige Themengebiete der schwierigen, von Not und Krisen geprägten Jahre angerissen, die die Neusser Stadtverordnetenversammlung zwischen 1919 und 1933 beschäftigten und die Kontroversen im Ratssaal und bei den Kommunalwahlkämpfen der Jahre 1924 und 1929 bestimmten. Die Debatten unter den Stadtverordneten hatten nach dem Einzug von SPD und USPD an Schärfe gewonnen. Die bürgerlichen Parteien waren nicht mehr unter sich und erklärtes Ziel der SPD war es, ihr neu errungenes Mitspracherecht zu nutzen und das Neusser Rathaus »mit eisernem Besen«⁶⁶ auszufegen. Der Eintritt der Kommunisten in die Neusser Stadtverordnetenversammlung forcierte die Polarisierung. Denn seit der Kommunalwahl 1924 sah sich die weiterhin dominierende Neusser Zentrumsmehrheit einem neuen Hauptgegner gegenüber, der KPD. Nachdem sich die Mehrheit der Mitglieder der Neusser USPD der KPD angeschlossen hatte, wählte die linksgerichtete Neusser Arbeiterschaft kommunistisch und die SPD erreichte nur noch geringe Stimmenanteile.⁶⁷ Dieses Kräfteverhältnis hatte in Neuss bis zum Ende der Weimarer Republik Bestand.

Die Kommunalwahlen 1924 und 1929

Die zweite Stadtverordnetenwahl nach 1919 fand am 4. Mai 1924 gleichzeitig mit der Reichstagswahl statt, so dass kommunale Themen etwas in den Hintergrund rückten. Die Wahl stand unter dem Zeichen der eben überwundenen Krise des Jahres 1923, der begonnenen Stabilisierung der deutschen Währung und der Angriffe auf die Republik von rechter und linker Seite. Zentrumspartei und SPD in Neuss warben um Stimmen mit ihren Verdiensten der vergangenen fünf Jahre auf Reichs- und kommunaler Ebene und lieferten sich dabei erneut einen harten Schlagabtausch. Die SPD hatte sich zugleich der neuen Gegner von links zu erwehren und machte Wahlkampf gegen die er-



Der Neusser Hafen
Anfang der 1930er Jahre.
Er wurde während der
Weimarer Republik u. a.
mit Hilfe von Notstands-
arbeiten ausgebaut.
(Stadtarchiv Neuss)



Wahlwerbung der
 Neusser SPD zur
 Stadtverordnetenwahl
 am 4. Mai 1924,
 DFS vom 2. Mai 1924
 (Stadtarchiv Neuss)

starkte KPD. Die KPD stellte den ehemaligen USPD-Vorsitzenden Theodor Ficks auf Listenplatz 1. Auch Johann Dicken, 1919 noch Spitzenkandidat der SPD, Anfang 1924 aber aus der Partei ausgetreten, kandidierte nun für die KPD.⁶⁸ Die Zerwürfnisse innerhalb der gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung hinterließen auch in Neuss ihre Spuren. Die rechts-konservative Wirtschaftspartei, die auf Reichsebene antrat, verzichtete in Neuss auf eine eigene Liste, was das Zentrum seiner erfolgreichen Wirtschaftspolitik zuschrieb. Vertreter der Wirtschaft fanden sich in Neuss stattdessen zu einem gemeinsamen Aufruf zusammen, bürgerliche Parteien zu wählen.⁶⁹ Kommunale Themen, die die Ratsparteien im Wahlkampf zur Sprache brachten, waren unter anderem der erfolgreiche Bau des Gasometers, Wohnungsbau, Hafenpolitik, der städtische Grundbesitz, die Sozialfürsorge, Steuern und Haushalt.

Mit 71,5 Prozent lag die Wahlbeteiligung auch diesmal hoch. Wahlsieger war 1924 wieder das Neusser Zentrum, das sogar die absolute Mehrheit zurückzuholen vermochte. Ihm fielen 20 der nun 38 Sitze im Neusser Stadtparlament zu (48,7 Prozent der Stimmen). Die seit der Kulturkampfzeit zuverlässige Bindung der Mehrheit der Neusser Bevölkerung an die katholische Partei erwies sich also weiterhin als äußerst stabil. Die SPD bekam nur noch 8,3 Prozent der Stimmen und 3 Sitze, die KPD 19,7 Prozent und 8 Sitze. Die drei anderen bürgerlichen Parteien kamen zusammen auf 7 Sitze: DVP 3 (9,2 Prozent), DDP 2 (6,3 Prozent) und Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 2 (6,0 Prozent).⁷⁰

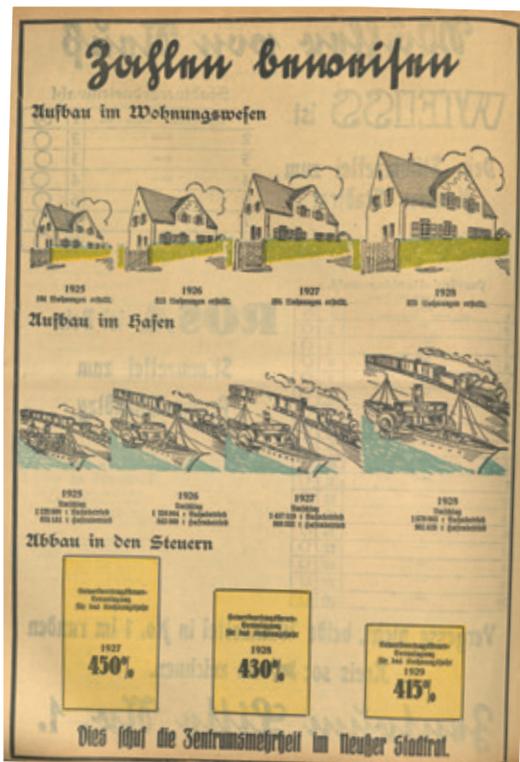
Am 23. Mai 1924 trat die neue Stadtverordnetenversammlung zusammen. Schon in dieser ersten Sitzung meldete sich der KPD-Fraktionsvorsitzende Ficks mit einer Erklärung zu Wort, die einen bis dahin ungewohnten Ton in den Neusser Ratssaal trug. Ficks erklärte unter anderem, die Kommunisten lehnten den Parlamentarismus ab und würden sich nicht an das Schweigegebot über vertrauliche städtische Angelegenheiten gebunden fühlen. Oberbürgermeister Hüpper antwortete darauf, dass, sollte es dazu kommen, die KPD-Stadtverordneten von vertraulichen Besprechungen ausgeschlossen würden.⁷¹



Josef Thomae (1874–1948)
(Stadtarchiv Neuss)

Die relative politische Stabilität und der wirtschaftliche Aufschwung boten der Stadt bis 1929 bessere Rahmenbedingungen als in den Jahren zuvor. Nach dem Abzug der belgischen Besatzungstruppen Anfang 1926 erlangte die Stadt zudem ihre Handlungsspielräume zur Gänze zurück. Die nächste Kommunalwahl am 17. November 1929, die parallel zur Wahl des Provinziallandtags abgehalten wurde, stand dann jedoch bereits unter dem Einfluss der aufziehenden Weltwirtschaftskrise. Die Parteien fokussierten sich im Wahlkampf auf Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik. Das Zentrum, nach dem Weggang von Georg Raederscheidt aus Neuss unter Führung von Rektor Josef Thomae (1874–1948)⁷², wies unter anderem auf seine Verdienste bei der Sicherung der Selbständigkeit gegenüber den »Großstadtgelüsten« von Düsseldorf und der Verkehrs-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik hin. Ein spezieller Wahlauf Ruf ging von ihr an die »Neu-Neusser« der eingemeindeten Orte Uedesheim, Grimlinghausen und Weckhoven⁷³, auch die Bürgerliche Gemeinschaftsliste bemühte sich ausdrücklich um die Wähler in den neuen Stadtteilen⁷⁴.

Der Ton im Wahlkampf wurde 1929 noch rauer: Die Kommunisten erhoben Korruptionsvorwürfe gegen das Zentrum und Oberbürgermeister Heinrich Hüpper, das Zentrum kämpfte seinerseits gegen »Volksbetrug und Demagogie« der »Neusser Versager der kommunistischen Partei«, denen sie vorwarf, als einzige Fraktion Diäten bezogen zu haben.⁷⁵ Erstmals hatte sich das Zentrum außerdem der diesmal mit einer eigenen Liste angetretenen Wirtschaftspartei zu erwehren, der man mit dem Generalvorwurf einer angeblich antikatholischen Haltung beizukommen versuchte.⁷⁶ Die katholische Kirche, die auch in der Vergangenheit stets das Zentrum unterstützt hatte, ließ in der NGZ diesmal einen öffentlichen Aufruf des Kölner Erzbischofs Schulte abdrucken, jeder katholische Bürger dürfe »nur einer solchen Partei [...] seine Stimme geben, die von vornherein den Schutz unserer vielfältig

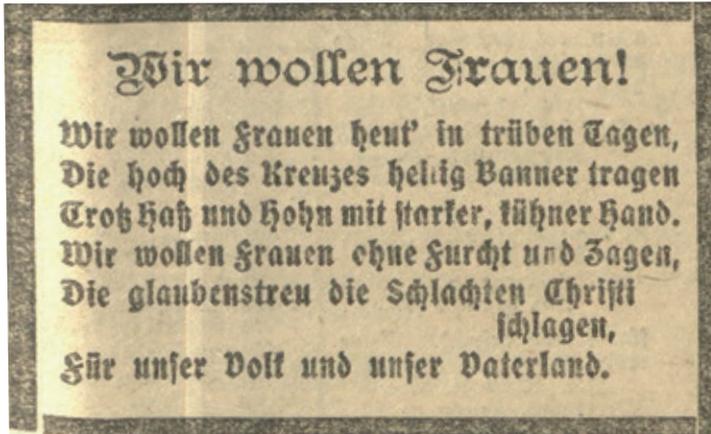


bedrohten religiös-sittlichen Belange«⁷⁷ gewährleiste – welche Partei damit gemeint war, war unverkennbar. Am Tag vor der Wahl folgte ein ähnlicher, noch deutlicher formulierter Aufruf des Neusser Stadtdechanten Karl Brucherseifer.⁷⁸ Die Sozialdemokraten mussten ihren Wahlkampf wieder nach zwei Seiten, gegen das Zentrum und die »Spektakelmacher«⁷⁹, wie sie die KPD-Stadtverordneten nannte, führen. DNVP und DVP hatten sich zu einer »Bürgerlichen Gemeinschaftsliste« zusammengetan und rührten in der »Neusser Zeitung« kräftig die Werbetrommel gegen das Zentrum. Erstmals trat bei dieser Wahl die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) an. Von ihren sechs Kandidaten konnte sie allerdings keinen durchbringen, weil sie nur 440 Stimmen erhielt.⁸⁰

Diesmal gab es für die Kommunalwahl amtliche Stimmzettel, die die Wählerinnen und Wähler im Wahllokal ausgehändigt bekamen. Die Wahlkabinen waren übrigens für Frauen und Männer getrennt.⁸¹ Das Wahlergebnis 1929 zeigte ein fast unverändertes Kräfteverhältnis

li.: Anzeige der Zentrumspartei im Kommunalwahlkampf 1929, NGZ vom 15. November 1929 (Stadtarchiv Neuss)

re.: Titelseite des »Freien Sprechers« zur Kommunalwahl 1929, DFS vom 16. November 1929 (Stadtarchiv Neuss)



An die weiblichen Wähler gerichtetes Wahlwerbegedicht des Zentrums zur Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919, NGZ vom Januar 1919 (Stadtarchiv Neuss)

Katharina Ross (1899–1982), Ehefrau des ebenfalls für die KPD als Stadtverordneter tätigen Metallarbeiters Johann Ross, gewählt. Damit lag der Frauenanteil bei unter fünf Prozent. In den umliegenden Großstädten war er um einiges höher und betrug 1925 in Düsseldorf 11,9 Prozent, in Essen 13 Prozent und in Köln 15,2 Prozent.⁸⁴ Zwar stellten alle Parteien in Neuss sowohl 1924 als auch 1929 weitere Kandidatinnen auf, aber jeweils auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen. Von den insgesamt 152 Kandidaten, die die Parteien zur Neusser Stadtverordnetenwahl 1924 aufstellten, waren lediglich acht Frauen; bei den Kommunalwahlen 1929 waren es 13 der 164 Kandidaten.

Die Kandidatinnen bei den Wahlen zur Neusser Stadtverordnetenversammlung 1919–1933⁸⁵

1919:

Liste 1 – Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene

- 7. Frau C. Pfalzgraf, Kriegerwitwe, Jülicher Str. 811
- 14. Frau Lüttgens, Kriegerwitwe, Brandgasse 14
- 21. Margarethe Westhoff, Kriegerwitwe, Jülicher Str. 21
- 35. Frau M. Mollstroh, Kriegerwitwe, Kapitelstr. 65
- 42. Frau Natzberg, Kriegerwitwe, Büttger Str. 8

Liste 2 – SPD

- 18. Margarethe Schmidt, Hausfrau, Further Str. 97
- 21. Anna Spill, Hausfrau, Blücherstr. 23

Liste 3 – USPD

Keine Kandidatin

Liste 4 – DDP

- 7. Emilie Heidemann, Hausfrau, Jülicher Str. 4
- 18. Luise Hall, Hausfrau, Kolpingstr. 26
- 19. Henriette Nehr, Hausfrau, Sternstr. 16

Liste 5 – Zentrum

- 4. Witwe Heinrich Thywissen-Dorsewagen, Rentnerin,
Kaiser-Friedrich-Str. 88
- 27. Hedwig Klutz, Arbeitsnachweis-Beamtin

Liste 6 – DVP

- 4. Maria Helmich, Frau, Nordkanalallee 14
- 14. Maria Zirkel, Fräulein, Königstr. 15

1924:

Liste 1 – SPD

- 17. Margarethe Schmidt, Witwe, Further Str. 97
- 25. Karoline Höfig, Kriegerwitwe, Heerdter Str. 19
- 32. Elisabeth Fausten, Ehefrau, Rheinstr. 14

Liste 2 – KPD

- 10. Helene Höck, Witwe, Büttger Str. 47

Liste 3 – DNVP

Keine Kandidatin

Liste 4 – DVP

- 9. Margarete Bäßler, Hausfrau, Drususstr. 12
- 19. Anna Bloser, Sozialfürsorgerin, Rheintorstr. 12

Liste 5 – Zentrum

- 7. Heinrich Thywissen-Dorsewagen, Witwe,
Kaiser-Friedrich-Str. 88

Liste 6 – DDP

- 8. Louise Hall, Hausfrau, Kolpingstr. 18

1929:

Liste 1 – SPD

- 15. Sophie Pertz, Hausfrau, Hermannstr. 1
- 20. Adele Bender, Hausfrau, Hindenburgplatz 8
- 23. Elisabeth Fausten, Hausfrau, Rheinstr. 14
- 24. Karoline Höfig, Witwe, Hausfrau, Venloer Str. 154



Stefanie Thywissen-Dorsewagen (1884–1970)
(Stadtarchiv Neuss)

Liste 2 – Bürgerliche Gemeinschaftsliste von DVP und DNVP

- 12. Anna Bloser, ohne Beruf, Rheintorstr. 12
- 22. Katharina Helfrich, Hausfrau, Jostenallee 14

Liste 3 – NSDAP

Keine Kandidatin

Liste 4 – KPD

- 5. Katharina Ross, Hausfrau, Kapitelstr. 5a
- 13. Josefine Hollmann, Hausfrau, Annostr. 76
- 18. Grete Natzberg, Hausfrau, Marienstr. 84
- 29. Josefine Schicka, Hausfrau, Josefstr. 81

Liste 5 – Wirtschaftspartei

Keine Kandidatin

Liste 6 – Zentrum

- 8. Dr. rer. pol. Anna Henk, Beamtin, Kanalstr. 53
- 40. Anna Ständer, Lehrerin, Wendersstr. 3

Liste 7 – DDP

- 6. Luise Hall, Hausfrau, Marienstr. 86

1933:

Liste 1 – NSDAP

Keine Kandidatin

Liste 2 – SPD

- 8. Sofia Pertz, Hausfrau, Hermannstr. 1
- 13. Philippine Kottwitz, Hausfrau, Jülicherlandstr. 78

Liste 3 – KPD

- 4. Katharina Ross, Hausfrau, Kapitelstr. 5a
- 10. Grete Natzberg, Hausfrau, Marienstr. 84
- 22. Josefine Hollmann, Hausfrau, Annostr. 76
- 25. Helene Fretz, Hausfrau, Annostr. 57

Liste 4 – Zentrum

- 8. Paula Schulz, Hausfrau, Hammtorstr. 11

Liste 5 – Kampffront Schwarz-weiß-rot

- 9. Anny Rabe, Hausfrau, Spulgasse 1

Liste 6 – DVP

- 4. Anna Bloser, Hausfrau, Rheintorstr. 12



Dr. Anna Henk (1894–1967)
(Stadtarchiv Neuss)



Katharina Ross (1899–1982)
(Stadtarchiv Neuss)

Die Zahl der Kommunalpolitikerinnen sank seit Mitte der 1920er Jahre generell und parteiübergreifend, als sich der Kampf um die Mandate verschärfte.⁸⁶ Die Frauen zogen in den Auseinandersetzungen in der Regel den Kürzeren. Nur ein Fall ist nachweisbar, in dem katholische Frauen es wagten, mit einer eigenen Frauenliste anzutreten.⁸⁷ Für Neuss ist über solche Diskussionen nichts bekannt. In allen Parteien und auf allen politischen Ebenen »hochgradig tabuisiert«⁸⁸ war in jedem Fall die Spitzenkandidatur einer Frau.

Innerhalb der Kommunalpolitik fühlten sich die Neusser Frauenvertreterinnen für den sozialen Bereich zuständig bzw. wurden dafür als zuständig erachtet. Die Integration der Frauen in die politische Arbeit seit 1919 stellte die traditionelle Rollenverteilung nicht infrage.⁸⁹ Die herkömmliche Aufgabenzuschreibung lässt sich an den Ausschüssen (damals: Kommissionen) ablesen, in denen Frauen tätig wurden. Stefanie Thywissen-Dorsemagen war, wie oben bereits gesagt, Mitglied in der Armen-, Krankenhausverwaltungs- und Wohlfahrtsdeputation sowie in der Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.⁹⁰ Anna Henk gehörte dem Kuratorium der Mädchenberufsschule und des Ortsausschusses für Jugendpflege an.⁹¹ Katharina Ross war Mitglied in der Betriebsdeputation, dem Kuratorium der kaufmännischen Berufsschule, der Krankenhaus- und Wohlfahrtsdeputation sowie im Ortsausschuss für Jugendpflege, aber immerhin auch in der Grundstückskommission.⁹² Unter den zusätzlich zu den Stadtverordneten gewählten beratenden Mitgliedern der Kommissionen befanden sich zwar einige Frauen, sie bildeten hier jedoch ebenfalls die Minderheit. Sie nahmen an folgenden Kommissionen teil: Armen-, Krankenhausverwaltungs- und Wohlfahrtsdeputation, Gesundheitskommission, Jugendausschuss, Kuratorium der Robert-Lonnes-Stiftung für Kriegsinvalide, Lehr- und Bücherhallendeputation, Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sowie der Markt- und der Museumskommission.⁹³

Das Ende der demokratisch gewählten Stadtvertretung

Die Weltwirtschaftskrise stürzte das ohnehin politisch zerrissene Deutschland seit 1929 in eine Staatskrise und Millionen von Menschen in Not und Elend. Auch in Neuss gab es Massenentlassungen, allein die Schraubenfabrik Bauer & Schaurte, einer der größten Arbeitgeber der Stadt, entließ ab 1929 rund 60 Prozent ihrer 1.800 Arbeiter.⁹⁴ Der städtische Haushaltsplan für 1932 sah 1.881.725 Mark an Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge vor. Bei einem Gesamthaus-

halt in Höhe von 11.180.000 Mark betrug deren Anteil demnach fast 17 Prozent, der städtische Zuschuss daran mehr als 700.000 Mark. Rechnet man den Etat der Wohlfahrtsausgaben hinzu (1.132.610 Mark), erreichten die Sozialausgaben fast 27 Prozent, mehr als ein Viertel, des Haushaltsvolumens.⁹⁵ Zur Deckung ihrer Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge musste die Stadt Kredite aufnehmen. 1932 beschloss die Neusser Stadtverordnetenversammlung einen freiwilligen Arbeitsdienst. Neusser Arbeitslose wurden in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwa zur Verbreiterung des Rheindeiches und des Erftkanals oder beim Bau von Straßen und Sportplätzen eingesetzt.⁹⁶ Der Bau von neuen Siedlungen am Stadtrand und von Kleingärten, die die Möglichkeit zur Selbstversorgung boten, wurde geplant.⁹⁷ Die Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung wurden offensichtlich noch stürmischer, so beschwerte sich die KPD-Fraktion über die Beleidigung ihres Mitgliedes Johann Bahnners⁹⁸ und über den Ausschluss von Katharina Ross aus zwei Sitzungen, weil sie einen Zentrumsvertreter beleidigt hatte.⁹⁹ Einen Antrag der Kommunisten auf Zahlung von Tariflöhnen bei städtischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lehnten die anderen Fraktionen ab.¹⁰⁰

Stempelheft eines Neusser Arbeitslosen, 1930/31 (Stadtarchiv Neuss)



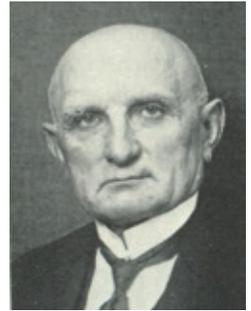
WOCHE	1	2	3	4	5	6
15. Dez 1930		A.-A. Neuss	A.-A. Neuss	A.-A. Neuss		
22. Dez 1930		A.-A. Neuss				
29. Dez 1930						
5. Jan 1931		A.-A. Neuss	A.-A. Neuss			
12. Jan 1931		A.-A. Neuss	A.-A. Neuss			
19. JAN 31			21. JAN 31			
26. JAN 31			28. JAN 31			
2. FEB 31			4. FEB 31			
9. FEB 31			11. FEB 31			
16. FEB 31			18. FEB 31			
23. FEB 31			25. FEB 31			
2. MÄRZ 31			4. MÄRZ 31			
9. MÄRZ 31			11. MÄRZ 31			
16. MÄRZ 31			18. MÄRZ 31			
23. MÄRZ 31			25. MÄRZ 31			
30. MÄRZ 31			1. APR 31			
6. APR 31			8. APR 31			
13. APR 31			15. APR 31			
20. APR 31			22. APR 31			
27. APR 31						

In ganz Deutschland sank Anfang der 1930er Jahre das Vertrauen in den demokratischen Staat rapide. Die Verzweiflung spielte den Gegnern der Republik in die Hände und beförderte den rasanten Aufstieg der Nationalsozialisten, denen im linken politischen Spektrum die Kommunisten gegenüber standen. Seit 1930 regierten wechselnde Präsidialkabinette mit Hilfe von Notverordnungen das Land, in den Großstädten gab es bürgerkriegsähnliche Zustände. In Neuss erlangte die NSDAP 1932 bei den beiden Reichstagswahlen 24,0 (Juli) bzw. 19,7 Prozent (November) der Stimmen, die KPD 20,4 bzw. 24,7 Prozent.¹⁰¹ Am 30. Januar 1933 ernannte schließlich Reichspräsident von Hindenburg den NSDAP-Chef Adolf Hitler zum Reichskanzler, nicht zuletzt unter dem Einfluss der alten konservativen Eliten, der ostelbischen Großagrarier und des rechten Flügels der Schwerindustrie.

Die Nationalsozialisten verloren keine Zeit, die errungene Macht zu konsolidieren. Innerhalb kurzer Zeit setzten sie demokratische Institutionen und Rechtsprechung außer Kraft. Am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst, kurz darauf folgten der preußischen Landtag und die Stadtparlamente, Neuwahlen wurden angesetzt. Ein demokratischer Wahlkampf konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr stattfinden. Eine Terrorwelle gegen die politischen Gegner und ein Propagandafeldzug überzogen seit Ende Januar 1933 Deutschland. Nach der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 musste die in Neuss gelesene »Freiheit«, in Düsseldorf erscheinende Tageszeitung der KPD, die bereits seit dem 31. Januar mit einem vierwöchigen Erscheinungsverbot belegt war¹⁰², ihr Erscheinen ganz einstellen; die fünf Neusser KPD-Stadtverordneten, unter ihnen Katharina Ross, wurden am selben Tag verhaftet. Auch »Der Freie Sprecher«, die Lokalzeitung der SPD, wurde nun verboten – die Ausgabe vom 27. Februar 1933 war seine letzte. Gegen die katholische Presse wagten die nationalsozialistischen Machthaber allgemeine Verbote nicht auszusprechen, jedoch war auch bei der Zentrumszeitung NGZ nicht mehr an eine freie Meinungsäußerung zu denken. Dennoch setzten Zentrum und NGZ für die Kommunalwahl am 12. März 1933 eine umfangreiche Mobilisierungskampagne ihrer Wählerschaft in Gang. Mehrmals wiesen ganzseitige, zum Teil reich bebilderte Anzeigen auf die Leistungen des Zentrums für das Wohlergehen der Stadt hin. Die NSDAP richtete ihrerseits ihre Hauptangriffe gegen das Zentrum. Den »Kampf um das Rathaus«¹⁰³ konnte die Zentrumsparterie schließlich mit einem hauchdünnen Vorsprung für sich entscheiden, verlor aber die absolute Mehrheit. Sie erreichte 38,0 Prozent, die NSDAP 36,9 Prozent,

beide erhielten 16 Sitze im Stadtparlament.¹⁰⁴ Für die KPD, für die auch Katharina Ross wieder aufgestellt wurde, stimmten trotz aller Terrormaßnahmen 12,6 Prozent der Neusser Wählerinnen und Wähler (5 Sitze), für die SPD 5,4 Prozent (2 Sitze), das Wahlbündnis aus DNVP und Stahlhelm, der »Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot«, kam auf 5,2 Prozent und damit ebenfalls auf zwei Stadtverordnete.

Dieser Stadtrat kam allerdings nur zu einer einzigen Sitzung, am 5. April 1933, zusammen.¹⁰⁵ Die fünf Sitze der KPD waren da bereits für ungültig erklärt, der SPD-Stadtverordnete Franz Sistemich unmittelbar vor Betreten des Rathauses verhaftet worden. Der zweite SPD-Stadtverordnete, Karl Rinke (1868–1934), verließ die Sitzung unmittelbar nach seiner Vereidigung, so dass die Vertreter des Zentrums als einzige politische Gegner der NSDAP im Ratssaal verblieben. Die mit Listenplatz 8 für das Zentrum gewählte Paula Schulz (*1891), Ehefrau des Neusser Stadtbaumeisters Karl Schulz, hatte ihr Mandat nicht angetreten. Für sie war Hubert Höfges nachgerückt, so dass keine einzige weibliche Mandatsträgerin in dieser Sitzung anwesend war.



Der SPD-Stadtverordnete Karl Rinke (1868–1934) (aus: Diesler, Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht)



Neußer Zeitung vom 6. April 1933 (Stadtarchiv Neuss)

Der Neußer Stadtrat im Zeichen der nationalen Erhebung
 Oben: Eröffnungssprache des Oberbürgermeisters Gentisch.
 Unten: Die Stadtverordneten

li.: Leni Wollenhaupt
(1907–1992), SPD-
Stadtverordnete 1946–1975
(Stadtarchiv Neuss)

re.: Ida Schmidt
(1894–1977), KPD-
Stadtverordnete 1946–1950
(Stadtarchiv Neuss)



Die Stadtverordneten beschlossen nach ihrer Vereidigung die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Hitler und den neu ernannten Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Josef Goebbels.¹⁰⁶ Auf Antrag der NSDAP übertrugen die Stadtverordneten anschließend ihre Befugnisse auf einen »beschließenden Ausschuss« und leiteten damit die Entmachtung der kommunalen Selbstverwaltung und deren Gleichschaltung ein. Freie Wahlen konnten erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder stattfinden. Bei der ersten Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 befanden sich unter den direkt gewählten Kandidaten ausschließlich Männer. Zwei Frauen – Leni Wollenhaupt (SPD, 1907–1992) und Ida Schmidt (KPD, 1894–1977)¹⁰⁷ – rückten über die Reserveliste ihrer Partei in die Stadtverordnetenversammlung ein.¹⁰⁸ Auch in der Nachkriegszeit blieben Frauen im Neusser Kommunalparlament also zunächst unterrepräsentiert und dies sollte sich erst langsam ändern.

Anmerkungen:

- 1 Der Aufruf »Farbe wollen wir bekennen« stammt aus einer Wahlkampfrede der Neusser Zentrumspolitikerin Stefanie Thywissen-Dorsemagin zur Kommunalwahl 1919, in: Neuß-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) vom 20. November 1919.
- 2 Zu den Wahlergebnissen vgl. Wilhelm ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Teil 3, Die preußische Zeit 1814/15 bis 1945. Neuss 1996, Tabellen S. 442 und 443. (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Neuss 10/3)
- 3 Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1919, in: Preußische Gesetzsammlung 1919, S. 13–14.
- 4 In den ehemals französischen Gemeinden und damit auch in Neuss galt das preußische Dreiklassen-Wahlrecht bereits seit 1845.
- 5 Vgl. Wolfgang HOFMANN, Bürgerschaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge. Studien zu neueren Stadtgeschichte, Stuttgart 2012, S. 34ff. (= Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 14)

- 6 Genaue Zahlen über den Anteil von Arbeitern an der Neusser Gesamtbevölkerung sind für die Zeit vor 1918 nicht bekannt. Die vorliegenden Zahlen von 1925 sprechen jedoch eine eindeutige Sprache: Damals gehörte knapp die Hälfte der Neusser Beschäftigten zum Arbeiterstand (10.202 von 22.626 Beschäftigten insgesamt). Arbeiter machten an der Gesamtbevölkerung (44.980), gemeinsam mit ihren Familienangehörigen (11.131), fast die Hälfte aus. ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Tabelle 16 (Berufsgliederung 1925), S. 400–404.
- 7 StAN, B.01.01, Nr. 67, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar 1919.
- 8 Ebd.
- 9 NGZ vom 14. Oktober 1919.
- 10 StAN, B.01.01, Nr. 67, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Oktober 1919.
- 11 »Der Freie Sprecher« (DFS) vom 29. November 1919.
- 12 Bekanntmachung über die Wahlvorschläge, in: Neußer Zeitung (NZ) vom 25. November 1919.
- 13 Bericht über die Mitgliederversammlung der SPD, in: DFS vom 18. November 1919.
- 14 Zu Max Braun vgl. Hans-Christian HERMANN, Der Neusser Max Braun. Ehrenbürger der Landeshauptstadt Saarbrücken, in: Novaesium 2017, S. 343–363.
- 15 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, S. 248A.
- 16 Bericht über die Wählerversammlung des Zentrums am 16. November 1919, in: NGZ vom 17. November 1919.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 DFS vom 29. November 1919.
- 20 »Auf die Schanzen«, in: DFS vom 29. November 1919. Die Bezeichnung »ultramontan« meinte, nach Rom (*ultra montes* – jenseits der Berge, also der Alpen) orientiert. Damit wurde Katholiken in den 1870er Jahren unterstellt, die Treue zum Papst über nationale Interessen zu stellen.
- 21 »Gegen Klüngelwirtschaft und Spekulantentum«, ebd.
- 22 »Merkworte in letzter Stunde!«, ebd.
- 23 »Wehe, wenn sie regieren!«, in: NGZ vom 28. November 1919.
- 24 »Gegen Klüngelwirtschaft und Spekulantentum«.
- 25 »Christliche Frau wach' auf!«, in: NGZ vom 25. November 1919.
- 26 »Eine Listenbindung gescheitert«, in: NGZ vom 20. November 1919.
- 27 Wahlanzeige der DDP, in: NZ vom 22. November 1919 / Wahlanzeige der DVP, in: NZ vom 25. November 1919.
- 28 Peter DIESLER, »Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht...«. 100 Jahre sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Neuss. Neuss 1989, S. 52–53.
- 29 Grundlegende Informationen zu Elise Stoffels bietet Hans-Jürgen BELKE, Fräulein Elise Stoffels. Neusser Volksschullehrerin und preußische Landtagsabgeordnete, in: Novaesium 2016. Neusser Jahrbuch für Kunst, Kultur und Geschichte, Neuss 2016, S. 131–161.
- 30 Zur Rolle des Katholischen Frauenbundes und der Frauen innerhalb der Zentrumspartei vgl. ausführlich: Birgit SACK, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster/New York/München/Berlin 1998, hier: S. 49.
- 31 Hedwig Klutz, geb. 1877 in Kreuznach, 1920 aus Neuss verzogen.
- 32 Maria Helmich geb. Seehner, geb. 1864 in Halberstadt, gest. 1954 in Neuss, Ehefrau von Wilhelm Helmich, städtischer Musikdirektor.
- 33 Maria Zirkel, geb. 1875 in Bergheim, gest. 1958 in Neuss, Tochter des Steuerinspektors Leo Zirkel.
- 34 Emilie Heidemann geb. van den Heuvel, geb. 1875 in Viersen, gest. 1952 in Neuss, Ehefrau von August Heidemann, Oberpostsekretär.
- 35 Luise Hall geb. Kemper, geb. 1879 in Wanne, gest. 1960 in Neuss, Ehefrau des Schlossers Adam Hall.
- 36 Henriette Nehr geb. Hermanns, geb. 1892 in Neuss, gest. 1936 in Neuss, Ehefrau des Eisendrehers Wilhelm Nehr.
- 37 Margarethe Schmidt geb. Mühlfarth, geb. 1869 in Caster, in zweiter Ehe verheiratet mit Emil Schmidt, Schreiner.
- 38 Anna Spill geb. Kutter(?), geb. 1878 in Gelsenkirchen, Ehefrau des Schmiedegesellen Friedrich Spill, 1921 von Neuss verzogen.

- 39 Hilda Pfalzgraf geb. Schmidt, geb. 1888 in Lüttringhausen, gest. 1928 in Neuss. Auf den weiteren Plätzen dieser Liste: (14) Margarete Lüttgens geb. Schlösser, geb. 1883 in Neuss, gest. 1930 in Neuss; (21) Margarete Westhof geb. Hock, geb. 1877 in Neuss, gest. 1937 in Neuss; (28) Adele Mühlberger geb. Groß, geb. 1880 in Neuss; (35) Maria Mollstroh geb. Becker, geb. 1885 in Kempen; (42) Odilia Natzberg geb. Fausten, geb. 1879 in Neuss.
- 40 »Große Frauenversammlung der Zentrumspartei«, in: NGZ vom 20. November 1919. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 41 Ebd.
- 42 »Merkblatt für die Wahl«, in: NGZ vom 28. November 1919.
- 43 Die Ausnahme bildete der Sekretär der christlichen Gewerkschaften Johann Hubert Schmitz, Zentrums-Stadtverordneter in der 3. Abteilung.
- 44 Bericht über die Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 1919, in: NGZ vom 17. Dezember 1919.
- 45 Ebd.
- 46 StAN, B.01.01, Nr. 67, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1919.
- 47 DIESLER, »Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht...«, S.85 / StAN, B.02.04.109 (Personalakten), Nr. 4683 und 7392. Thielemann wurde 1933 auf Druck der NSDAP aus dem Dienst entlassen und 1945 wieder als Beigeordneter eingestellt. Eine ausführliche biographische Arbeit zu ihm fehlt bisher.
- 48 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Tabelle 1, S. 386.
- 49 Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. Februar 1919, RGBl. 1919, S. 187–190.
- 50 Bericht über den Stand der Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Neuß vom 1. April 1913 bis 31. März 1924 (Verwaltungsbericht 1913–1924), S. 109.
- 51 Ebd., S. 110.
- 52 Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Neuß vom 1. April 1924 bis 31. März 1928 (Verwaltungsbericht 1924–1928), S. 84.
- 53 Verwaltungsbericht 1913–1924, S. 130.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Ebd., S. 159. Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf den gesamten, über die Stadt Neuss hinausgehenden Arbeitsnachweisbezirk, der bis 1923 den Landkreis Neuss und seit 14.7.1923 außerdem den nach Neuss orientierten Teil des Kreises Grevenbroich umfasste.
- 57 Karlheinz SCHALLER, Arbeitslosigkeit und Arbeitsverwaltung in Chemnitz von 1890 bis 1933, Chemnitz 1993, S. 45.
- 58 Neben diesen 3.000 »Hauptempfängern« gab es noch 3.800 »Zuschlagsempfänger«. Verwaltungsbericht 1924–1928, S. 142.
- 59 Verwaltungsbericht 1913–1924, S. 173.
- 60 Verwaltungsbericht 1924–1928, S. 143.
- 61 Neuss im Wandel der Zeiten. Beiträge zur Stadtgeschichte von Peter STENMANS, Joseph LANGE, Nicolaus BÖMMELS, Karl KREINER und Helmut GILLIAM. 2. A., Neuss 1970, S. 316.
- 62 Hildegard WELFENS, Geschichte der Stadt Neuss unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933–1945), Neuss 1993, S. 56f. (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Neuss 12)
- 63 Verwaltungsbericht 1924–1928, S. 143–144.
- 64 Ebd., verschiedene Seiten.
- 65 Neuss im Wandel der Zeiten, S. 314. Vgl. auch Jens METZDORF, »Die widerstrebenden Geister«. Der Bau der Neußer Brücke und die kommunale Neugliederung 1929, in: Jahrbuch für den Rhein-Kreis Neuss 2004, S. 134–157.
- 66 »Ein Schicksalstag für Eure Vaterstadt!«, in: DFS vom 3. Mai 1924.
- 67 DIESLER, »Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht...«, S. 78 und ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, S. 310.
- 68 Zur Krise der SPD vor den Kommunalwahlen 1924 vgl. DIESLER, »Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht...«, S. 86–88.
- 69 NGZ vom 30. April 1924.
- 70 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Tabelle 56, S. 449.
- 71 »Erste Sitzung der neuen Stadtverordneten«, in: NGZ vom 24. Mai 1924.
- 72 Zu Thomae: Jens METZDORF, Pädagogische Berufung und politisches Bekenntnis. Der Volksschulrektor und Vorsitzende der Neusser Zentrumspartei Josef Thomae (1874–1948), in: Novaesium 2010, S. 113–156.
- 73 NGZ vom 8. November 1929.

- 74 Es gab Wahlversammlungen der Liste in Uedesheim und Grimlinghausen, NZ vom 9. November 1929.
- 75 NGZ vom 9. November 1929.
- 76 Wahlkampfanzeige der Zentrumspartei, in: NGZ vom 13. November 1929.
- 77 »Kardinal Schulte zu den Kommunalwahlen«, in: ebd.
- 78 NGZ vom 16. November 1929.
- 79 DFS vom 16. November 1929.
- 80 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, S. 312.
- 81 Bekanntmachung der Wahlordnung, in: DFS vom 8. November 1929.
- 82 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Tabelle 56, S. 449.
- 83 Die letzte Ratssitzung, an der sie nachweislich teilnahm, war die vom 6. November 1925.
- 84 SACK, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft, S. 85.
- 85 Wahlvorschläge für 1919 in: NZ vom 25. November 1919; Wahlvorschläge für 1924 in: NZ vom 29. April 1924; Wahlvorschläge für 1929 in: NGZ vom 13. November 1929; Wahlvorschläge für 1933 in: NGZ vom 2. März 1933. Namen und Berufsangaben folgen jeweils der Angabe in der Quelle. Die vorangestellte Zahl gibt den Listenplatz an.
- 86 SACK, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft, S. 86.
- 87 1929 in Ludwigshafen, ebd., S. 87.
- 88 Ebd., S. 91.
- 89 Vgl. Hildegard WELFENS, Frauenbewegung und Frauenleben in Neuss 1918–1945, in: Neusser Frauen in Geschichte und Gegenwart, Neuss 1995, S. 124–137. (= Dokumentationen des Stadtarchivs Neuss 4)
- 90 B.01.01, Nr. 67, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1919.
- 91 B.01.01, Nr. 75, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 1929.
- 92 Ebd.
- 93 Vgl. B.01.01, Nr. 67 (Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1919), Nr. 69 (Protokoll vom 23. Mai 1924), Nr. 75 (Protokoll vom 10. Dezember 1929). Die Aufzählung bei WELFENS, Frauenbewegung und Frauenleben, S. 126.
- 94 DIESSLER, »Bis die letzte Fessel der Arbeit zerbricht...«, S. 81.
- 95 StAN, B.01.01, Nr. 79, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 1932. Hinzu kamen noch Ausgaben für die Wohnungsfürsorge.
- 96 StAN, B.01.01, Nr. 79, Protokoll über die Besichtigung der Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie sonstiger städtischer Arbeiten vom 19. Dezember 1932 / Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Januar 1933.
- 97 StAN, B.01.01, Nr. 79, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September 1932.
- 98 Ebd.
- 99 StAN, B.01.01, Nr. 79, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 22. November 1932.
- 100 StAN, B.01.01, Nr. 79, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September 1932.
- 101 ENGELS, Geschichte der Stadt Neuss, Tabelle 50, S. 442. Die Angaben für die Novemberwahlen weichen bei WELFENS ein wenig davon ab: NSDAP 19,5 Prozent, KPD 24,6 Prozent, WELFENS, Geschichte der Stadt Neuss unter nationalsozialistischer Herrschaft, S. 2.
- 102 NGZ vom 1. Februar 1933.
- 103 NGZ vom 13. März 1933.
- 104 Vgl. dazu und zu den nächsten Ausführungen WELFENS, Geschichte der Stadt Neuss unter nationalsozialistischer Herrschaft, S. 4–5.
- 105 B.01.01, Nr. 79, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 5. April 1933.
- 106 Jens METZDORF, »Im Geiste der nationalen Erneuerung und in treuer Gefolgschaft«. Ehrenbürger 1933: Hindenburg, Hitler, Goebbels und Florian, in: Novaesium 2009, S. 135–171.
- 107 Inge MIEL, Ida Louise Schmidt – Eine Widerstandskämpferin, in: Neusser Frauen in Geschichte und Gegenwart, S. 161–172.
- 108 Uta HAPPEKOTTE, Neuss nach dem 2. Weltkrieg. Hausarbeit zur 1. Staatsprüfung, Neuss 1992, S. 141f.